

Horst-Alfred Heinrich und Michael Kohlstruck

ZUR THEORIEGELEITETEN ANALYSE VON GESCHICHTSPOLITIK

Der vorliegende Band stellt ausgewählte theoretische Ansätze aus den Sozialwissenschaften hinsichtlich ihrer Erklärungskraft für Geschichtspolitik vor. In den Forschungen der vergangenen Jahre werden mit *Geschichtspolitik* innerhalb des umfassenden Verhältnisses von Geschichte und Politik im Wesentlichen drei Sachbereiche behandelt (vgl. u.a. Wolfrum 1999; Schmid 2001; Kohlstruck 2004; Assmann 2006). Erstens tragen Forschungen zur Geschichtspolitik dem Umstand Rechnung, dass Erinnerung in den Staatsgesellschaften des Westens zur maßgeblichen geschichtszeitlichen Orientierung geworden ist. Eine Kultur der Erinnerungen hat als solche keine unmittelbar politische Relevanz. Als dominante Bewusstseinshaltung aber prägt sie Erwartungen, präformiert Zustimmungen und Ablehnungen zu politischen Themen und Entscheidungen und ist insofern politisch nicht neutral. Die „Arbeit an der Geschichte“ (Wolfrum) kann als Pflege eines gesellschaftsintegrativen Geschichtsbildes gelten. Bei den beiden anderen Sachbereichen von Geschichtspolitik rückt das politische Handeln oder das politische System stärker ins Zentrum. Für einen zweiten Forschungsstrang sind die historischen Voraussetzungen und Festlegungen gegenwärtigen politischen Handelns von Interesse. Im Vordergrund stehen die in der Vergangenheit vorgenommenen Weichenstellungen, die in der Gegenwart als unabweisbare Aufgabe, als Verpflichtung oder als Pfadabhängigkeit von Entscheidungen die Ausgangsbedingungen politischen Handelns ausmachen. Dieser Aspekt bezieht sich auf die Konstitution von politischen Systemen oder von einzelnen Politikfeldern. Drittens kann die Analyse von Geschichtspolitik auf Phänomene zielen, die Ergebnis ausdrücklicher Thematisierung von Vergangenheit zu politischen Zwecken sind. Die dabei untersuchten politischen Handlungen reichen von der historisch begründeten Legitimation eines politischen Kollektivs (vgl. Binder et al. 1999) über Abgrenzungen von Vorgängersystemen bei politischem Systemwechsel (vgl. Landkammer/Noertzel/Zimmerli 2006) bis zu innenpolitisch motiviertem Gebrauch von Geschichte in Debatten mit dem Ziel, politische Entscheidungen zu beeinflussen. Mit *Geschichtspolitik*, das ergibt sich aus dem Vorgesagten, ist nicht ein in sich einheitlicher Gegenstand gemeint, sondern Frageperspektiven, die von einer politisch relevanten Durchdringung von Geschichte und Politik bis zur expliziten und strategischen Thematisierung von Geschichte in politischen Kontexten reichen.

Bei der Konzeption des vorliegenden Bandes wurden die Beiträge nicht auf ein bestimmtes Konzept von Geschichtspolitik verpflichtet. Die Autorinnen und Autoren hatten deshalb zu entscheiden, welche Aspekte einer politisch relevanten Vergegenwärtigung von Historie mit der jeweiligen Theorie erklärt werden sollen. Sie hatten zudem zu erläutern, in welchem Sinne jeweils von Geschichtspolitik, von Erinnerungspolitik oder von Vergangenheitspolitik die Rede ist. Daraus resul-

tieren sprach- und begriffsreflektierende Überlegungen zu den Konzepten wie zu ihrer Verwendung.

Erkenntnistheoretisch berücksichtigt der Band zwei sozialwissenschaftliche Theoriekulturen. Dem Realismus verpflichtete Theorien unterstellen, dass wir als erkennende Subjekte in der Lage sind, die uns umgebende Wirklichkeit direkt zu erkennen. Daraus folgt, dass wir unsere Aussagen über diese Wirklichkeit auch direkt an ihr überprüfen können. Das konstruktivistische Paradigma stellt demgegenüber eine solche Möglichkeit in Abrede. Da Erkenntnis immer an Möglichkeiten und Fähigkeiten des erkennenden Subjekts gebunden bleibe, konstruierten wir uns eine Realität, der wir nur unterstellten, sie sei mit der tatsächlich bestehenden identisch. Da „Welt nicht direkt erfahren werden kann, [...] Objektivität im herkömmlichen Sinn also nicht herstellbar ist, wird [...] die Frage nach der Beschaffenheit der Welt gänzlich ausgeklammert: wir können aufgrund unserer Erfahrungen ‚nichts‘ über die reale Beschaffenheit der Welt sagen, sondern wir können nur von Konstruktionen berichten, die sich in der Welt für die bisher verfolgten Ziele bewährt haben.“ (Meinefeld 1995: 104). Realistische Theorien beharren demgegenüber darauf, Aussagen über Zustand und Beschaffenheit der Wirklichkeit machen zu können, die sich mittels eines angemessenen Forschungsprogramms testen lassen. Erkenntnis und Realität werden hier ebenfalls nicht als identisch begriffen. Doch ist aus realistischer Perspektive objektive Erkenntnis möglich, auch wenn wir kein sicheres Wissen über die Welt haben (Vollmer 1998: 119ff.). Einschränkend ist in Bezug auf die hier präsentierten Ansätze darauf hinzuweisen, dass es sich bei beiden erkenntnistheoretischen Positionen um Extreme handelt, die in der Forschungspraxis nicht umsetzbar sind (Meinefeld 1995: 21). Hier geht es lediglich darum, die vorgestellten Theorien und deren Anwendung auf Geschichtspolitik grob einzuordnen.

Zu den konstruktivistischen Theorien zählen unter anderem die mit dem *cultural turn* verbundenen Ansätze, die ihre Aufmerksamkeit auf die kulturelle Dimension sozialer und politischer Prozesse richten. Dabei handelt es sich um Ansätze, die methodologisch, mit ihren Forschungsgegenständen, ihren gegenstandsnahen Generalisierungen und den verwendeten Kategorien auf die Dimension von sozial relevanten Deutungen und Bedeutungen ausgerichtet sind (Schwelling 2004). Es liegt auf der Hand, dass damit eine vergleichsweise geringe Abstraktionshöhe und eine engere Reichweite des Erklärungsanspruchs verbunden sind als dies bei den realistischen Ansätzen der Fall ist.

Horst-Alfred Heinrich geht dem Zusammenhang von sozialer Identität und Geschichtspolitik nach. Unter Rückgriff auf den von Henri Tajfel entwickelten Theorieansatz unternimmt er es, Erklärungen dafür zu finden, warum Individuen zur Konstruktion ihrer Identität auf geschichtliche Elemente zurückgreifen und inwieweit politische Akteure zur Konstituierung von Gruppenidentität ausgewählte Aspekte von Geschichte heranziehen. Der Theorie sozialer Identität liegen die Grundannahmen zugrunde, dass Menschen eines positiven Selbstwertgefühls bedürfen und dass soziale Interaktion und Selbstwahrnehmung vermittelt über soziale Kategorisierungen erfolgen. Die Eigengruppe und damit das Ich werden positiv

erfahren, wenn soziale Vergleiche mit anderen Gruppen als Erfolg verbucht werden. Auf diese Weise lässt sich die Gruppenidentität verstärken. Wird der Entwicklungsstand der eigenen Gruppe zu einem früheren Zeitpunkt mit dem späteren, heutigen Zustand verglichen und die Veränderung positiv bewertet, ist der Vergleich auf der Zeitachse für ein positives Selbstbild funktional. Folglich sind geschichtspolitische Argumente für politische Akteure attraktiv, weil sich nationale Identität damit stärken lässt. Heinrich lotet Möglichkeiten und Grenzen dieses Ansatzes in Bezug auf Geschichtspolitik am Beispiel Deutschlands aus. Dieser Fall ist exemplarisch, weil größeren Teilen der Bevölkerung aufgrund der nationalsozialistischen Vergangenheit eine positive Identifikation mit der eigenen Nation schwerfällt. Wie sich zeigen lässt, ermöglicht es die Theorie sozialer Identität, geschichts- und erinnerungspolitische Konflikte mittels eines sozialpsychologischen Modells mit nur wenigen Axiomen darstell- und erklärbar zu machen.

Johannes Marx stellt sich die Frage, in welcher Weise Ansätze aus der Familie des ökonomischen Forschungsprogramms fruchtbar mit Konzepten von Geschichtspolitik verbunden werden können. Es ist davon auszugehen, dass bestimmte Geschichtsbilder verbreitet werden, um die Durchsetzungschancen politischer Entscheidungen zu vergrößern; dies ist jedoch nur möglich, soweit die Rezipienten von den jeweiligen Geschichtsbildern erreicht werden und diese Deutungen als Bestimmungsgrößen in die Situationsdefinitionen der Handelnden eingehen. Das zielgerichtete Handeln der Akteure basiert auf Präferenzen und unterliegt zugleich Beschränkungen. Die individuellen Akteure führen deshalb diejenigen Handlungen aus, die ihre Ziele im höchsten Maße verwirklichen. Marx stellt heraus, dass die analytischen Theoriemodelle des ökonomischen Forschungsprogramms wenig Offenheit bieten, da sie auf ein Verständnis von Rationalität festgelegt sind, das sich auf die Ziele Macht und Einkommen beschränkt. Bessere Erklärungsmöglichkeiten verbindet der Autor mit dem Konzept der sozialen Produktionsfunktionen, das auch andere als monetäre und machtbezogene Motive einbezieht. Es erlaubt, die soziale Konstruktion individueller Zielpräferenzen so weit zu fassen, dass damit Ziele sozialetischer oder eben geschichtsbezogener Art eine Rolle spielen. Dies geschieht über die Einführung des Denkmodells der sogenannten Zwischengüter. Sie sind funktional auf Primärgüter bezogen, entweder als deren Teilrealisierung oder als Zwischenglied auf dem Wege zu diesen Zielen. Das Produkt von Geschichtspolitik besteht in der Existenz eines Angebots divergierender, teilweise auch konfligierender Geschichtsbilder. Sie beeinflussen Wahrnehmungsprozesse und stellen damit eine Bestimmungsgröße für die subjektive Definition der Situation dar. Damit verbunden sind jeweils bestimmte mentale Repräsentationen der Situationsdefinition, Frames also, die wieder Handlungsoptionen implizieren. Von dieser Perspektive aus führt die Geltung bestimmter Geschichtsbilder dazu, Individuen gewisse Handlungen als geeignete instrumentelle Güter für die Erzeugung von Primärgütern erscheinen zu lassen. Der wesentliche Impuls dieses Konzepts besteht darin, genuin soziale Phänomene auf Handlungsmöglichkeiten von Individuen zurückzuführen und an der Idee der sozialen Definition von individuellen Handlungszielen festzuhalten – Kultur und mit ihr

die Perzeption von Geschichte wird als Produkt wie als Voraussetzung individueller Handlungen verstanden.

Marc Arenhövel argumentiert innerhalb der Systemtheorie Luhmannscher Prägung. Deren Ausgangsvoraussetzung besagt, dass soziale Subsysteme wie Politik, Recht oder Wirtschaft Zeit verarbeiten und deshalb über ein eigenes Gedächtnis verfügen müssen. Die Theorie erlaubt es aufzuzeigen, wer die Träger solcher Gedächtnisse sind, wie sich die subsystemischen Spezialgedächtnisse zueinander verhalten und wie das Systemgedächtnis durch Globalisierungsprozesse verändert wird. Die Systemtheorie geht von der Voraussetzung aus, dass soziale Systeme ohne eine ihnen eigene Gedächtnisleistung nicht gedacht werden können. Ihre Identität, die Differenzierung ihres Selbst von anderen Subsystemen, basiert darauf, dass zunächst zwischen Vergangenheit und Zukunft unterschieden wird und auf diese Weise das Prozessieren in der Zeit verfügbar wird: Das ist die Unterscheidung zwischen getroffenen und offenen Entscheidungen. In der Auswahl der Entscheidungsoptionen muss das jeweilige System an sein früheres Prozessieren anknüpfen. Zurückgegriffen auf die Vergangenheit des eigenen Prozessierens wird primär im Modus des Vergessens, der durchbrochen wird durch die system-spezifische Entscheidung, was erinnert werden soll. Speziell für das politische System existieren Handlungsanleitungen oder Skripts. Sie zeichnen sich dadurch aus, Entscheidungsfindungen zu ermöglichen. Zur Stabilisierung ihrer kommunikativen Nachhaltigkeit rekurren Macht- und Legitimationsdiskurse auf vergangene Zeit, das heißt auf Diskurs- oder Argumentationselemente, die bereits bekannt sind. Wiederholungen verbinden die Vergangenheit mit der Gegenwart und reaktivieren frühere Selektionen als heute gültige. Repräsentiert werden solche Resultate, die das Spezifikum des politischen Subsystems ermöglichen, nämlich Entscheidungen zu treffen. Ein Resultat des Gedächtnisses politischer Systeme ist die Verpflichtung, Verträge oder dergleichen einzuhalten. Weitere Modi der selbstbezogenen Vergangenheitsbeobachtung sind die Gedenkkommunikation sowie die vergewissernde Orientierung an geltenden Werten und Interessen. Im Rahmen einer möglichen Anwendung seiner Überlegungen geht Arenhövel auf das Gedächtnis des politischen Systems in der Weltgesellschaft ein.

Harald Schmid's Rückblick auf die wissenschaftliche Erforschung von *Kultur* erinnert daran, dass die Kulturwissenschaften wie die Cultural studies in einer Kontinuität zu älteren Ansätzen von Friedrich Nietzsche bis Aby Warburg und anderen stehen. Schmid inspiziert sie unter der Frage ihres jeweiligen Beitrages für die Kulturwissenschaften. Im Verlauf der historischen Entwicklung wurde der substanzialistisch-normative Kulturbegriff in seiner Geltung hinterfragt. Ermöglicht wurden damit empirisch-historische Konzepte von Kultur, in deren Mittelpunkt „die Trias Werte, Sinn und Bedeutungen, ein relativistischer Wahrheitsbegriff“ und die Symbolforschungen stehen. *Cultural studies* und die neueren Kulturwissenschaften leben von der Übernahme zentraler Denkmotive des Strukturalismus. Zwei Merkmale kristallisieren sich im Verlauf der Entwicklung von den alten zu den neuen Kulturwissenschaften heraus: Die Dekonstruktion großer Erzählungen und damit korrespondierend der Konstruktionscharakter der Welt-, Sinn- und Selbstentwürfe. Darauf aufbauend richtet sich wissenschaftliches Inte-

resse auf die Konstitution und Konstruktion, die Organisation und Prozessualität von Bedeutungs- und Sinnbildungsstrategien. Für die Untersuchung von geschichtspolitisch relevanten Phänomenen ist dies ein wichtiges Ergebnis, weil sich eine Verbindung zwischen der Ebene von Akteuren und der von Strukturen herstellen lässt: Soweit kommunizierte Geschichtsbilder und damit kulturelle Strukturen geglaubt werden, können sie in die Akteursmotive eingehen und somit Handlungen erklären. Konstruktivismus und die Relevanz von Bedeutungen verbinden sich mit den Fragen nach Macht, Herrschaft und Interesse, dem inhaltlichen Fokus der politischen Wissenschaften, zu einer kulturwissenschaftlich angelegten Geschichtspolitologie. Sie erlaubt es, die „Schauseite der Macht“ mit zu berücksichtigen.

Auch Birgit Schwelling behandelt die Kulturwissenschaften. Anders als Harald Schmid fragt sie, wo jeweils *Geschichte* ihren Ort im politischen Feld hat und welche Gegenstände in den Blick genommen werden. Da jedoch die Konzepte, die dieser Variante folgen, Politik in einen Bereich der praktisch-politischen Maßnahmen einerseits und des öffentlich-symbolischen Handelns andererseits dichotomisieren, treten Herstellung und Darstellung als zwei in sich selbständige Komplexe auseinander. Demgegenüber macht Schwelling geltend, dass die Unterscheidung zwischen Instrumentalität und Symbolhaftigkeit als zwei Dimensionen jeder sozialen und politischen Handlung aufzufassen sind. Ihre gegenstandsbezogene Befragung von Studien zur Geschichts-, Erinnerungs- und Vergangenheitspolitik mündet in eine zweite Problemdiagnose: Die Studien konzentrieren sich auf intentionale Akte des Erinnerns und explizite Thematisierungen vergangener Geschichte. Demgegenüber bleiben die Folgen von Erinnerung in Politikfeldern, in denen es primär nicht um Diskussion oder Umgang mit Vergangenheit geht, weitgehend unberücksichtigt. Dieses Befundes wegen befürwortet die Autorin eine Erweiterung des Untersuchungsfeldes. Sie plädiert dafür, die Spuren der Vergangenheit auch dort zu suchen, wo sie nicht von intentionalen Erinnerungsakten herrühren. Die Forschung hätte in diesem Sinne die sehr viel weiter gefasste Frage zu verfolgen, wie Erinnerung soziale Beziehungen formt. Aus dieser Problem- und Defizitdiagnose heraus entwickelt Schwelling Überlegungen zu einem Neuansatz, der ausgehend von einer akteurs- und handlungsbezogenen Perspektive auf die Zusammenhänge von Gedächtnis, politischem Selbstverständnis und politischer Legitimität zielt. Ihr geht es darum, bei den politischen Akteuren anzusetzen, „die deutend auf Vergangenheit Bezug nehmen und diese Deutungen wiederum handelnd in den politischen Prozess einbringen.“ Da die Autorin Geschichtspolitik nicht als separiertes Politikfeld versteht, sondern die Untersuchungsperspektive in einem weiten Sinn sowohl den konstituierenden Einfluss von Geschichte auf Politik wie auch das Operieren der Politik mit Geschichte erweitert, steht sie vor der Aufgabe, einen weit gefassten Begriff von Kultur wie von Politik zu entwickeln. Kulturwissenschaften – so ihr Vorschlag – interessieren sich für die Bedeutungen, Wahrnehmungsweisen und Sinnangebote der Personen. Politik habe es mit der Behandlung der öffentlichen Angelegenheiten, genauer der Steuerung und der Integration zu tun. Die Kategorie des kollektiven Gedächtnisses ließe sich hier zu konkreten Untersuchungen nutzen, die die Frage

nach Legitimation stellen und somit auf die Stabilisierung politischer Kollektive ausgerichtet sind. Auf diese Weise wird die Mesoebene zwischen dem kommunikativen und dem kulturellen Gedächtnis repräsentiert. Eine wechselseitige Anregung von Kultur- und Politikwissenschaft könnte vor diesem Hintergrund sowohl in der Anbindung von Vergangenheitsrepräsentationen an Interessens- und Machtkategorien bestehen als auch darin, eine Relevanz von Gedächtnis und Erinnerung jenseits des geschichtspolitisch deklarierten Politikfeldes erkennen zu können.

In Deutschland spielt heute die Erwartung, aus der Geschichte könne und müsse gelernt werden, im Zusammenhang mit der historisch-politischen Bildungsarbeit zum Nationalsozialismus eine wichtige Rolle. Claudia Fröhlich und Michael Kohlstruck untersuchen, welche Geltung die scheinbar selbstverständliche Aufforderung haben kann, man habe aus der Geschichte zu lernen. Der Beitrag fragt, mit welchen Erwartungen der Topos verbunden wird, inwieweit diese Ziele zwingend mit einer Beschäftigung mit dem historischen Nationalsozialismus verbunden sind und inwieweit sie für die heutige Beschäftigung von jungen Leuten mit dem Nationalsozialismus tatsächlich verbindlich gemacht werden können. Die Forderung *Aus der Geschichte lernen* kann in verschiedenem Sinne verstanden werden. In jedem Fall handelt es sich um eine moralische Forderung, die mehr meint als das bloße Lernen *von* oder *über* Geschichte. Auch das biographische Lernen der Erlebnisgeneration erfüllt nicht jenes spezifische Soll, für das diese Maxime steht. Im Einzelnen lassen sich vier Bedeutungsschichten unterscheiden: Die Forderung zielt zunächst auf Kenntnis und Anerkennung der Menschenrechte. Eine zweite Erwartung betrifft den Erwerb der moralischen Urteilsfähigkeit. *Aus der Geschichte lernen* kann drittens bedeuten, sich als Deutscher über die Befassung mit der Vergangenheit mit der eigenen Nation zu identifizieren. Schließlich wird in der Gesellschaft die Erwartung formuliert, der NS-Opfer zu gedenken. Die kritische Betrachtung dieser Erwartungshaltungen führt zu dem Ergebnis, dass es sich nur bei den beiden letzten Aspekten um spezifische, also nicht ersetzbare Bezugnahmen auf den Nationalsozialismus handelt. Sowohl eine nationalidentifikatorische Befassung mit dem Nationalsozialismus wie das zweckfreie Erinnern der Opfer können heute nur als freiwillige Optionen formuliert werden. Obligatorisch für die nachwachsenden Generationen dagegen kann das Lernen von oder über Geschichte gemacht werden.

Die meisten vorliegenden Studien zu Geschichtspolitik entstammen der Tradition „korporativer Selbstkritik“ (Winkler 2004) der Geschichts- und Politikwissenschaft: Im Rückblick analysieren und kritisieren heutige Politik- und Geschichtswissenschaftler die Geschichtsbilder ihrer Vorgänger. In der Regel folgen sie in der konzeptionellen Anlage und den verwendeten Methoden dem sogenannten historisch-genetischen Ansatz (von Beyme 2000). Die Studien münden allenfalls in vorsichtig generalisierende Fallbeschreibungen. Allerdings haben die begrifflogischen und methodologischen Reflexionen in diesen Studien einen längeren Vorlauf als in jenen Untersuchungen von geschichtspolitischen Phänomenen, die der Logik einer ausdrücklichen Theorieanwendung folgen (vgl. u.a. Kölsch 2000; Meseth 2005).

Der vorliegende Band eröffnet neue Perspektiven auf das Forschungsfeld Geschichtspolitik, insofern die einzelnen Beiträge Beispiele liefern, wie geschichtspolitische Fragestellungen in dezidiert theoretische Bezüge gestellt werden können. Dadurch wird es möglich, das Handeln politischer Akteure unter Rückgriff auf allgemeine Kategorien zu erklären, Erkenntnisse anderer Sozialwissenschaften einzubeziehen und die Rolle von Geschichtspolitik in der Selbstverständigung von politischen Verbänden aus einer größeren Distanz zu untersuchen.

Den Herausgebern ist bewusst, dass hier nur ein kleiner Ausschnitt aus dem Spektrum denkbarer theoretischer Herangehensweisen präsentiert wird. In dieser Auswahl dokumentiert sich der Versuch, das Forschungsfeld *Geschichtspolitik* weniger in seinen Gegenständen als vielmehr in seiner epistemologischen Selbstreflexion zu erweitern. Von daher soll dieser Band auch als Aufforderung gelesen werden, Geschichtspolitik mittels weiterer sozialwissenschaftlicher Theorien zu analysieren.

Literaturverzeichnis

- Assmann, Aleida (2006): Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik. München.
- Beyme, Klaus von (2000): Theorie der Politik im 20. Jahrhundert. Von der Moderne zur Postmoderne. Frankfurt am Main.
- Binder, Beate et al. (1999): „Geschichtspolitik“. Zur Aktualität nationaler Identitätsdiskurse in europäischen Gesellschaften. In: Hartmut Kaelble und Jürgen Schriewer (Hrsg.): Gesellschaften im Vergleich. Forschungen aus Sozial- und Geschichtswissenschaften. 2. Aufl. Frankfurt am Main, 465–508.
- Kohlstruck, Michael (2004): Erinnerungspolitik: Kollektive Identität, Neue Ordnung, Diskurshegemonie. In: Birgit Schwelling (Hrsg.): Politikwissenschaft als Kulturwissenschaft. Theorien, Methoden, Problemstellungen. Wiesbaden, 173–193.
- Landkammer, Joachim et al. (Hrsg.) (2006): Erinnerungsmanagement. Systemtransformation und Vergangenheitspolitik im internationalen Vergleich. München.
- Meinefeld, Werner (1995): Realität und Konstruktion. Erkenntnistheoretische Grundlagen einer Methodologie der empirischen Sozialforschung. Opladen.
- Meseth, Wolfgang (2005): Aus der Geschichte lernen. Über die Rolle der Erziehung in der bundesdeutschen Erinnerungskultur. Frankfurt am Main.
- Schmid, Harald (2001): Erinnern an den Tag der Schuld. Das Novemberpogrom von 1938 in der deutschen Geschichtspolitik. Hamburg.
- Schwelling, Birgit (2004): Der kulturelle Blick auf politische Phänomene. Theorien, Methoden, Problemstellungen. In: dies. (Hrsg.): Politikwissenschaft als Kulturwissenschaft. Theorien, Methoden, Problemstellungen. Wiesbaden, 11–29.
- Vollmer, Gerhard (1998): Evolutionäre Erkenntnistheorie. Angeborene Erkenntnisstrukturen im Kontext von Biologie, Psychologie, Linguistik, Philosophie und Wissenschaftstheorie. 7. Aufl. Stuttgart.
- Winkler, Heinrich August (2004): Einleitung. In: ders. (Hrsg.): Griff nach der Deutungsmacht. Zur Geschichte der Geschichtspolitik in Deutschland. Göttingen, 7–13.
- Wolfrum, Edgar (1999): Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948–1990. Darmstadt.